Deutscher Bundestag **Drucksache 16/6692**

16. Wahlperiode 10. 10. 2007

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan, Hans-Michael Goldmann, Dr. Edmund Peter Geisen, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Horst Friedrich (Bayreuth), Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Dr. Werner Hoyer, Michael Kauch, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Michael Link (Heilbronn), Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Cornelia Pieper, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Ökologische und ökonomische Bedeutung von Schadorganismen

Schadorganismen wie z. B. Fusarium im Getreide, Phythophtora bei der Kartoffel, der Maiszünsler beim Mais richten in der Landwirtschaft und im Gartenbau große Schäden an. Sie führen zu teilweise erheblichen Ertragseinbußen und vermindern die Qualität der landwirtschaftlichen Produkte. Der Maiszünsler hat in 2006 finanzielle Einbußen in Höhe von 11 Mio. Euro verursacht. Der Befall durch Fusarienpilze beim Getreide führt zu einer Belastung mit Mykotoxinen in der Nahrung sowie in Futtermitteln, die beim Überschreiten der Grenzwerte zu einem Ausschluss der Verwertung als Nahrungs- oder Futtermittel führen. Die hohe Giftwirkung der Mykotoxine sowie ihre cancerogenen Eigenschaften erfordern besondere Sorgfalt in der Analytik und der Bekämpfung des Pilzbefalls.

Durch den globalen Güter- und Personenverkehr und durch klimatische Veränderungen verbreiten sich neue Schadorganismen aus, mit denen die Landwirtschaft zurechtkommen muss. Die beobachteten Klimaerwärmungen begünstigen die Verbreitung von an ein wärmeres Klima angepassten Arten. Ein Beispiel für das Einschleppen von Schadorganismen ist der westliche Maiswurzelbohrer (Diabrotica virgifera), der 1992 aus Nordamerika per Flugzeug in den Balkan verschleppt wurde und der am 23. Juli diesen Jahres erstmals in Deutschland nachgewiesen wurde. Inzwischen wurden Quarantänemaßnahmen eingeleitet, um seine weitere Ausbreitung zu verhindern. Die Ertragsverluste durch den Maiswurzelbohrer werden allein in den USA auf 1 Mrd. Dollar geschätzt.

Sogar über das Vogelfutter werden Problemunkräuter eingeschleppt, deren Bekämpfung sich als schwierig erweisen kann und die eine Bedrohung der Gesundheit darstellen können. So ist z. B. die ursprünglich aus Nordamerika stammende Beifuß-Ambrosie (Ambrosia artemisiifolia) in vielen europäischen Ländern schon ein problematisches Ackerunkraut. Die Ambrosie verursacht insbesondere bei Mais und Zuckerrüben erhebliche Ernteausfälle. Weiterhin er-

fordert die hochallergene Wirkung der Ambrosie ihre konsequente Bekämpfung. In Europa reagieren 10 bis 20 Prozent der Menschen allergisch auf die Pollen der Beifuß-Ambrosie. (Forschungsreport 2/2007.)

Die Etablierung modifizierter Anbauverfahren begünstigt teilweise die Ausbreitung von Schadorganismen. Die pfluglose Bodenbearbeitung, die zur Vermeidung von Bodenerosion in vielen Bundesländern gefördert wird, stärkt die Verbreitung des Maiszünslers. Der Maiszünsler ist der bedeutendste Schädling im europäischen Maisanbau. Allein in Deutschland waren in 2005 etwa 400 000 Hektar der Maisanbaufläche vom Zünsler befallen. In 2006 trat der Zünsler in allen Flächenländern mit Ausnahme von Schleswig-Holstein auf. Dennoch wird der Maiszünslerbefall nicht jährlich erhoben (Bundestagsdrucksache 16/3059).

Um der weiteren Ausbreitung und dem Zugang von Schadorganismen Einhalt zu bieten, muss vorausschauend gehandelt werden. Die flächendeckende Überwachung des Auftretens und der Ausbreitung von gefährlichen Schadorganismen ist eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung einer effizienten Bekämpfungsstrategie. Parallel dazu ist insbesondere die Züchtung von resistenten bzw. widerstandsfähigen Sorten eine Möglichkeit, der Ausbreitung von Schadorganismen zu begegnen. Gegen Schadinsekten wie den Maiszünsler und den Maiswurzelbohrer stehen Bt-Maissorten zur Verfügung, an der Züchtung von beispielsweise Fusarium resistenten Getreidesorten wird gearbeitet.

Nach § 34 Abs. 2 des Pflanzenschutzgesetzes ist es die Aufgabe der Pflanzenschutzdienste der Länder, über das Auftreten und die Verbreitung von Schadorganismen zu berichten. Es muss sichergestellt werden, dass diese Aufgabe gewissenhaft und einheitlich umgesetzt wird, damit ein funktionierendes Frühwarn- und Bekämpfungssystem gewährleistet werden kann. Nur eine intensive und überregionale Überwachung von Schadorganismen kann effektive Gegenmaßnahmen ermöglichen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche für Landwirtschaft und Gartenbau bedeutsamen Schadorganismen (Viren, Pilze, Insekten) treten regelmäßig in Deutschland auf und sind hinsichtlich der Notwendigkeit der Bekämpfung mit Pflanzenschutzmitteln zur Sicherung der Qualität und des Ertrages von Bedeutung?

2. Für welche Schadorganismen besteht in welchen Bundesländern eine flächendeckende Überwachung, und von wem wird sie in den einzelnen Bundesländern jeweils durchgeführt, wo wird das Datenmaterial zusammengeführt?

3. Welche Schadenshöhe durch Qualitätsminderung oder Ernteausfall haben die einzelnen Schadorganismen in den am meisten vom Befall betroffenen Bundesländern jeweils in den vergangenen fünf Jahren verursacht?

4. Wie, und auf welche Weise werden die gesammelten Informationen über das Auftreten und die Verbreitung von Schadorganismen an die Landwirte weitergeleitet?

5. In welchen Bundesländern ist der Maiszünsler in diesem Jahr aufgetreten, und wie hat sich sein Befallsgebiet gegenüber den Vorjahren entwickelt?

6. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass eine flächendeckende Überwachung in den vom Maiszünslerbefall am stärksten betroffenen Bundesländern angestrebt werden sollte, um Landwirte hinsichtlich des Bt-Maisanbaus beraten zu können und um in solchen Gebieten den pfluglosen Maisanbau zu vermeiden, und wenn nein, warum nicht?

7. Erwägt die Bundesregierung die Förderung der pfluglosen Bodenbearbeitung einzustellen, um ein weiteres Ausbreiten des Maiszünslers einzudämmen?
8. In welchen Regionen Deutschlands wurde bisher der westliche Maiswurzelbohrer beobachtet, in welcher Zahl und welche Maßnahmen wurden ergriffen, um seine weitere Ausbreitung zu verhindern?
9. In welcher Weise ist der Maiswurzelbohrer in anderen europäischen Ländern wie beispielsweise der Schweiz, in denen der Maiszünsler seit Jahren auftritt, bekämpft worden, und lassen sich die dort angewandten Methoden nach Einschätzung der Bundesregierung auch in Deutschland anwenden?
10. Wie schätzt die Bundesregierung die Chance ein, die weitere Ausbreitung des Maiswurzelbohrers zu unterbinden, und mit welchen Methoden soll dies erreicht werden?
11. Beabsichtigt die Bundesregierung den Maiswurzelbohrer in vom Befall am stärksten bedrohten Gebieten nach dem Vorbild der Schweiz (FAZ 2. Oktober 2007) durch einen Verzicht auf den Anbau von Mais zu bekämpfen, und wenn nein, warum nicht?
12. Setzt sich die Bundesregierung für die Zulassung von Bt-Maissorten für den Anbau in Europa ein, die gegen den Maiswurzelbohrer resistent sind und die sich in den USA bereits bewährt haben, und wenn nein, warum nicht?
13. Auf wie viel Hektar in welchen Bundesländern wurden in Deutschland in den letzten fünf Jahren Speisekartoffeln und auf wie viel Hektar Stärkekartoffeln angebaut, und wie groß war der Anteil der Anbaufläche der auf Grund des Befalls mit der Krautfäule (Phytophthora infestans) mit Pflanzenschutzmitteln behandelt werden musste, wie groß waren die Ertragsverluste?
14. Auf wie viel Hektar wurden in den letzten fünf Jahren Kartoffeln im Ökolandbau angebaut, wie groß war die Befallsrate mit der Krautfäule, und welche Bekämpfungsmaßnahmen stehen im Ökolandbau zur Bekämpfung der Krautfäule zur Verfügung?
15. Wie bewertet die Bundesregierung den Einsatz von Kupferpräparaten zur Bekämpfung der Krautfäule aus ökologischer Sicht?
16. Wie bewertet die Bundesregierung den Anbau von transgenen Kartoffelsorten, die gegen Phytophthora resistent sind?
17. Wie weit ist nach Einschätzung der Bundesregierung die Züchtung von Kartoffelsorten, die gegen die Krautfäule resistent sind, und teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass durch den Anbau solcher Sorten der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln vermindert werden kann?
18. Gibt es bereits Sorten mit einer besonders geringen Anfälligkeit für die Krautfäule, und hat der Einsatz dieser Sorten sich nach Einschätzung der Bundesregierung bewährt?
19. Auf wie viel Hektar und in welchen Bundesländern wurden in Deutschland in den letzten fünf Jahren in Getreidekulturen ein Befall mit den verschiedenen Pilzarten wie Fusarium, Septoria, Puccinia etc. beobachtet, und in welcher Höhe hat der Pilzbefall zu Ertragseinbußen geführt?
20. Wie bewertet die Bundesregierung die bestehenden Möglichkeiten durch Saatgutbeizung und den Einsatz von Fungiziden, um den Pilzbefall zu beherrschen?

21. In welchem Umfang musste in den letzten fünf Jahren die Verwertung von Getreide als Nahrungs- oder Futtermittel ausgeschlossen werden, weil die Grenzwerte für Mykotoxine überschritten waren?
22. Wie bewertet die Bundesregierung die Anstrengungen zur Züchtung pilzresistenter Getreidesorten als eine Maßnahme, die Qualität von Getreide als Nahrungs- und Futtermittel zu verbessern und den Einsatz von Fungiziden zu mindern?
23. In welchen Bundesländern ist bisher in Deutschland die Beifußblättrige Ambrosie nachgewiesen worden, und in welchen Bundesländern werden Maßnahmen durchgeführt, um ihre weitere Ausbreitung zu verhindern, und wie bewertet die Bundesregierung die Erfolgschancen?
24. Welche gesundheitlichen Risiken verursacht die Beifußblättrige Ambrosie, und welche gesundheitlichen Schäden sind bisher beobachtet worden?
25. In welcher Höhe hat die Beifußblättrige Ambrosie bisher nach Einschätzung der Bundesregierung landwirtschaftliche Ertragseinbussen verursacht?
26. Wie wurde bisher das Aktionsprogramm 2007 gegen eine weitere Ausbreitung der Ambrosia angenommen, und wie soll es fortgeführt werden?
27. Gibt es nach Einschätzung der Bundesregierung konkrete Aussichten, die Etablierung der Ambrosie in Deutschland zu verhindern?
28. Ist sichergestellt, dass die weitere Verbreitung von Ambrosiesamen durch das Vogelfutter unterbunden wird, und wenn nein, warum nicht?
29. Inwieweit werden in der Ressortforschung die Möglichkeiten untersucht, mit Hilfe von gentechnisch veränderten Pflanzen den Pflanzenschutzmitteleinsatz zur Bekämpfung von Schadorganismen zu mindern?
30. Plant die Bundesregierung bei steigendem Schadorganismen-Befall z. B. infolge von klimatischen Änderungen eine erneute Novellierung des Gentechnikgesetzes in Betracht zu ziehen, und wenn nein, warum nicht?
31. Wie wird die Aktualität des Melderegisters für Schadorganismen gewährleistet?
32. Auf welche Weise verlaufen die Richtlinien und Weisungskompetenzen bei dem Auftreten neuer Schadorganismen oder einer starken Entwicklung von Schadorganismen zwischen der Biologischen Bundesanstalt für Landwirtschaft, dem Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, den zuständigen Landesämtern, den Zollstellen und den Einlassstellen?
33. Teilt die Bundesregierung die Meinung, dass die Listung von Quarantäneschadorganismen nicht die nötige Aktualität und Flexibilität aufweist, die die heutige Dynamik erfordert, und wenn nein, warum nicht?
34. Wie sieht die Bundesregierung den Sachverhalt, dass keine Pflanzen in die EU/EPPO-Listen aufgenommen werden, obwohl z. B. gebietsfremde Ungräser, wie z. B. das Bermudagras, immer weiter auf dem Vormarsch sind?
35. Wie wird sichergestellt, dass eine Überwachung von neuen Schadorganismen, in verschiedenen Regionen erkannt und eine Überwachung gewährleistet wird, gerade im Hinblick von artverwandten Organismen in ihrem Verhalten zu unseren einheimischen Arten?
36. Gibt es eine Einstufungsskala zur erwarteten Gefährlichkeit von neuen Schadorganismen, und falls nicht, sieht die Bundesregierung hier Handlungsbedarf?

37. Welche Bundesländer geben keine Reports zu der aktuellen Schadorganismen-Belastung ab, und warum nicht?
38. Geht die Bundesregierung davon aus, dass die bestehenden Mechanismen und gesetzlichen Reglungen einen umfassenden Schutz der Biodiversität und eine ertragsorientierte Landwirtschaft gewährleisten können?
39. Sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf bei der Unterstützung der Erforschung von Pflanzenschutzmitteln für Sonderkulturen, die in die Pflanzenschutzmittelindustrie aufgrund der zu erwartenden geringen Absatzmenge kaum Anreize bieten, Produkte für die verschiedenen Kulturen zu entwickeln?

Berlin, den 10. Oktober 2007

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333